Nummer 470

Mit Kurszettel **Berliner** Mit Kurszettel

Börsen-Zeitung

Verantwortliche Leiter: Handelsteil: i. V. Wilh. Steneberg, Politischer Teil: Dr. Richard Jügler, Kunst und Wissenschaft: Frana Löppen, Lokales und Sport: Gerhart Rentner, sämtlich in Berlin.

Verantwortlich: Für den Inseratenteil Christian Hagen, Berlin. Verlag und Druck: Berliner Börsen-Zeitung, Druckerei und Verlag Ges. m. b. H., Berlin W 8, Kronenstr. 37.

Abendausgabe . 20 Pfennig. 74. Jahrgang Sonnabend, 6. Oktober 1928

England vor einer neuen Kriegsschuld?

Worauf es in dem Geheimpakt ankommt. — Amerikas scharfe Augen.

Ein englisches Blatt bringt eine politische Karikatur, in der Chamberlain und Briand gemeinsam mit den Werkzeugen der Geheimpolitik und der neuen Entente die europäische Friedensuhr zerschlagen. Auf das Wehgeschrei der alten Mutter Europa antworten sie dann nur: „Sie war ja doch schon wieder auf 1914 zurückgestellt."

Das also ist zweifellos heute die Auffassung weiter englischer Kreise, die sich nur deshalb nicht in positive gesunde Taten umsetzen kann, weil man überall in Inselengland sich von politischen Drohgespenstern umgeben sieht und den Weg ins Freie nicht mehr zu finden vermag. Wenn die schärfste Sprache gegen die ungeschickte englische Außenpolitik jetzt von dem Arbeiterorgan „Daily Herald" geführt wird, so sprechen dabei natürlich parteitaktische Absichten mit. Dabei ist es doch maßlos übertrieben, wenn diese Zeitung behauptet, das englische Auswärtige Amt sei zum Spott der ganzen diplomatischen Welt geworden. Aber wenn es dann weiter heißt, die Minister hätten vorsätzlich versucht, Parlament und Land in einer Frage von vitaler Bedeutung zu täuschen und man sei zu den Tagen der schlimmsten Art von Geheimdiplomatie zurückgekehrt, so entspricht das eben nur den Tatsachen. Auch die liberalen „Daily News" werfen der Regierung vor, daß sie den Weltfrieden aufs Spiel gesetzt haben. Es sei vollkommen klar, daß die Regierung versucht habe, einen Tauschhandel mit Frankreich abzuschließen und die letzten Enthüllungen von Pertinax zeigten nur zu deutlich, wie gefährlich die Frankreich gegenüber übernommenen Verpflichtungen sind. Auch in diesem Leitartikel wird Chamberlain wie Lord Cushendun in Genf ziemlich unverblümt der Vorwurf der Unaufrichtigkeit gemacht.

Wichtig ist, daß in all dieser Kritik jetzt ein Hauptakzent auf

die französische Landrüstung

gelegt wird. Die ausgebildeten Reserven, so sagen die „Daily News", seien tatsächlich das wirkliche Heer Frankreichs und auch der konservative „Daily Telegraph" betont, daß die Zustimmung der englischen Regierung zu dem Standpunkt Frankreichs in der Frage der militärischen Reserven kein nebensächliches Zugeständnis, sondern ein wesentlicher Teil des Flottenabkommens war. Gerade deshalb, weil es eben ein Tauschhandel sei, bestehe kein Grund, weshalb nach Erledigung der Flottenvorschläge die militärische Seite des Handelns allein bestehen bleiben sollte.

In Frankreich wird man über dieses Erwachen der englischen öffentlichen Meinung natürlich weniger erfreut sein. Denn gerade das Bestehen auf seiner enormen Landrüstung muß überall das Mißtrauen gegen die französische Politik vermehren und andererseits würde eine englische Erklärung, daß man sich nicht mehr an jene Zugeständnisse in den ungültig gewordenen Pakt gebunden halte, eine ganz neue Gegenseitigkeit zwischen den beiden Entente-Partnern schaffen.

Noch freilich möchten die regierenden Konservativen in England einen solchen Dilemma aus dem Wege gehen. Deshalb bemühen sich die „Times", es so darzustellen, als wenn auch nach den letzten Enthüllungen die ganze Geheimbündelei doch recht „unschuldig" gewesen sei und der „emsig verbreitete Argwohn" nach den ersten Gerüchten vollkommen unberechtigt gewesen sei. Dagegen sieht der „Daily Telegraph" wieder mit Aerger und Sorge, daß einige englische Regierungsstellen noch immer bereit scheinen, den französischen Forderungen nachzugeben. Uebrigens dürfte die Veröffentlichung der offiziellen Dokumente bereits in der nächsten Londoner Kabinettssitzung beschlossen werden, wahrscheinlich gleichzeitig mit der Ausgabe eines englischen Blaubuches über den ganzen Fragenkomplex.

In der französischen Presse wird noch immer auf die Pertinax-Enthüllungen zurückgekommen. Etwas peinlich wird jetzt die Tatsache empfunden, daß

die Amerikaner wieder einmal das Wesentliche richtig herausgelesen

haben. Das ist nach einer Washingtoner Meldung, nämlich folgender Absatz der französischen Note vom 20. Juli:

„Wenn das Abkommen durch andere Mächte (Amerika) nicht angenommen werden sollte, obwohl diese Erwartung vorausgesetzt ist, werden die beiden Regierungen ihre Bemühungen für die Zusammenarbeit fortsetzen, entweder mit dem Ziel der Erreichung eines allgemeinen Abkommens auf anderem Wege oder durch Ueberwindung der Schwierigkeiten, die sich aus dem Fehlschlag des gegenwärtigen Abkommens ergeben." Von englischer offiziöser Seite wird in Erwiderung auf diese Feststellungen betont, daß in der englischen Antwort vom 28. Juli kein Bezug auf diese französische Anregung genommen worden sei.

In Amerika ist man sich eben völlig klar darüber, daß es sich nicht nur um einen vereinzelten diplomatischen Pakt und auch nicht nur um eine taktische Ungeschicklichkeit gehandelt hat, sondern um eine sehr weitzielende politische und militärische Mobilmachung, die sich letzten Endes gegen die Vereinigten Staaten richtet.

Sicherlich werden auch

die amerikanischen Gegenvorbereitungen

im verstärktem Maße weiter gehen und wie es scheint, ist es bereits gelungen, Japan aus dem englischen Kurse wieder heraus zu bringen. Der japanische Ministerpräsident Tanaka hat sich soeben über den Erfolg der inoffiziellen Mission des Grafen Uschida in England und den Vereinigten Staaten ausgesprochen. Offenbar sind während des Aufenthalts dieses japanischen Diplomaten in Washington bedeutsame Besprechungen über eine gemeinsame Politik in China erfolgt. Danach wird Japan künftig im Sinne der amerikanischen Chinapolitik eine möglichst ruhige Verständigung mit der Nanking-Regierung erstreben. Was eben zunächst eine gewisse Entlastung Amerikas im fernen Osten bedeuten würde, aber den englisch-amerikanischen Gegensatz noch mehr hervortreiben müsse.

In England ist auf jeden Fall, wie gute Beobachter versichern, die Stimmung gegen die amerikanischen Wettern überaus grimmig und natürlich gerade dann, wenn die Aussichtslosigkeit eines Wettkampfes bereits eingesehen ist. Charakterisch ist doch auch, daß Macdonald kürzlich behaupten konnte,

die konservative Außenpolitik habe direkt wieder die Formen der Zeit von 1906 bis 1914 angenommen

Ihm erwidert jetzt der Luftfahrtsminister Hoare. Der Vorwurf Macdonalds sei nur geeignet, das britische Prestige in der Welt herabzusetzen. In Wirklichkeit habe gerade England seine Rüstungen beträchtlicher als wie die meisten anderen Länder vermindert. Auch idese Entgegnung ist nur ein verlegenes Ausweichen. Worum es sich handelt, ist, wie auch Lloyd George klar erkennt, die friedensdrohende Begünstigung des französischen Militarismus durch die englische Politik.

Alle diese Debatten erhalten eine besonders seltsam groteske Beleuchtung durch die gleichzeitige Fortdauer des theoretischen Abrüstungsgeredes. Unter diesem wieder hört man mit einigem Erstaunen die Worte des spanischen Diktators Primo de Rivera. Er hebt die vorbildliche Selbstbeschränkung Spaniens auf militärischem Gebiete hervor, erklärt dann aber auch, daß jedes Land die Pflicht habe, die Verteidigung seines Gebietes und seiner Staatsangehörigen zu sichern. Um schließlich den Gedanken einer sehr starken „internationalen Miliz" auszusprechen, die von jedem abgerüsteten Lande im Verhältnis zu seinen Mitteln gestellt werden müßte.

Selbstverständlich glaubt dieser spanische starke Mann auch wirklich an alles was er sagt. Oder sollte ihm in diesem Falle etwa der Schalk im Nacken gesessen haben?

—h.

Strafrechtspflege und Parlamentarismus.

Von

Rechtsanwalt und Notar Dr. **Walter Jaffé.**

Das vornehmste Privileg des Richters war von jeher seine absolute Souveränität und Unabhängigkeit. Diese richterliche Unabhängigkeit wurde ganz besonders im alten Deutschen Reiche als unantastbar angesehen, und es wurde als selbstverständlich von allen Staatsbürgern, gleichgültig, welcher Richtung sie angehörten, beobachtet, daß an einem ordnungsmäßig ergangenen strafrichterlichen Urteile keinerlei abfällige öffentliche Kritik geübt wurde. Als ganz besonders taktlos und geradezu unzulässig aber galt es, während eines schwebenden Verfahrens die richterliche Tätigkeit öffentlich zu schelten. Diese an sich selbstverständliche Vornehmheit der Zurückhaltung in der Kritik Unberufener gab dem deutschen Richter die zur Ausübung seines schweren, verantwortungsvollen Amtes unerläßliche Unbefangenheit, Sicherheit und Stärkung seines Rückgrats, sein Glaube an das in ihn und seine rückhaltlose Unparteilichkeit gesetzte Vertrauen löste umgekehrt das unbedingte Vertrauen des Volkes in die Justiz des Staates aus: eines ist gleichzeitig Vorbedingung und Folge des anderen, Vertrauen gegen Vertrauen.

Warum ist es jetzt anders geworden, welches ist der Grund für jenen veränderten Zustand, den man neuerdings mit dem allgemein so beliebten Ausdruck „Justizkrise" bezeichnet? Die Antwort ist, im Grunde genommen, außerordentlich einfach, nämlich weil sich seit dem Zusammenbruch des alten Reiches und vor allem des alten Königreichs Preußen von allen Seiten, unberufener und auch teilweise berufener, die Sucht geltend macht, den Autoritätsglauben durch systematische Verhetzung und unsachliche Kritik zu erschüttern oder verblassen zu lassen und insbesondere nahezu jedes richterliche Urteil vom einseitigen parteipolitischen Standpunkte aus öffentlich, teilweise schon vor seiner Verkündung zu würdigen oder herabzuwürdigen. Solch ein seit der Umwälzung Gang und Gebe gewordenes Verfahren muß allmählich die Nerven des Richters zermürben, seine Unbefangenheit systematisch zerstören und somit das gegenseitige Vertrauen zwischen den Staatsbürgern und den über sie vom Staate eingesetzten beamteten Richtern unterminieren. Dies ist im wesentlichen der Schlüssel zu der sogenannten „Justizkrise".

Hat es doch kürzlich sogar ein namhafter Berliner Strafanwalt für richtig gehalten, über einen Prozeß gegen einen Eierhändler, den er verteidigt hatte und der nach seiner Meinung zu Unrecht verurteilt worden ist, eine Broschüre zu schreiben und verbreiten zu lassen, in der er die erkennenden Richter gewissermaßen als juristische Ignoranten hinstellte und in gewohnter apodiktischer Weise einen sicheren Erfolg für sich und seinen Klienten vor dem Reichsgericht ausposaunte, allerdings im Gegensatz zu den Tatsachen; denn auch das Reichsgericht setzte ihn ins Unrecht und verwarf seine Revision, und ein bekannter und angesehener Senatspräsident des Reichsgerichts, der auch verantwortlicher Leiter der Deutschen Richterzeitung ist, belehrte den Broschürenschreiber dahin, daß seine öffentliche und falsche Kritik der erstinstanzlichen Richter bei jedem sachvertrauten Juristen nur Kopfschütteln erregt habe und geeignet sei, in hohem Grade das Ansehen des deutschen Richterstandes zu gefährden. Es war dies derselbe Anwalt, der in öffentlicher Gerichtsverhandlung in Stuttgart einen Kollegen persönlich scharf angriff und, ohne hierzu befugt und dazu von der Anwaltschaft autorisiert zu sein, jenen Tag als einen „dies ater der deutschen Anwaltschaft" bezeichnete, an dem zufällig jener Kollege angeblich mit dem Berufsgeheimnis leichtfertig verfahren sein sollte.

Diese und ähnliche Auswüchse finden ihre starke Rückendeckung und ihr Hauptfundament in dem „Parlamentarischen Untersuchungsausschuß", einer Mißgeburt des neuen deutschen Parlamentarismus.

Diese durch die Revolution eingesetzte Institution des parlamentarischen Untersuchungsausschusses veranstaltet vor, nach oder sogar neben dem ordentlichen Gerichtsverfahren öffentliche Verhandlungen und Sitzungen durch Parlamentarier über irgendwelche dem Parlamente aus

Sozialdemokratie und Wehrpolitik.

Der Reichstagspräsident Loebe veröffentlicht in der Zeitschrift „Deutsche Republik" einen Aufsatz, in dem er die auch hier geäußerte Meinung, in absehbarer Zeit werde die Sozialdemokratie grundsätzliche Entschlüsse von weittragender Bedeutung zur Wehrpolitik fassen müssen, in vollem Umfange bestätigt. Der Parteitag im Frühjahr 1929 werde die Entscheidung treffen. Hierbei würde es vielleicht „zu einem Ringen zwischen den strikten Verneinern jeder Rüstung und den Anhängern eines mächtigen nationalen Schutzheeres" kommen.

In der Tat: dieses Ringen wird kommen und sein Ausgang ist noch zweifelhaft. Wie aber auch der Ausgang sein möge — Erspriesslich haben wir von ihm nicht zu erwarten, denn man muß sich darüber im klaren sein, was für den Sozialdemokraten der Ausdruck „mächtiges nationales Schutzheer" bedeutet. Wir erinnern daran, daß vor einigen Monaten, als die ganze deutsche Sozialdemokratie eine geschlossene, wutentbrannte Front gegen den Panzerkreuzer bildete, der frühere sozialdemokratische Heeresminister Oesterreichs, Dr. Julius Deutsch, im „Vorwärts" einen sehr nüchternen und sehr eindringlichen Artikel veröffentlichte, in dem er sagt: Der Kampf gegen jede Wehrpolitik ist für die Sozialdemokratie als Regierungspartei auf die Dauer unmöglich; deshalb ist es besser, daß sie sich in den Strom wirft, mit ihm schwimmt und in dieser neuen Taktik das deutsche Heer sozialdemokratisch umformt. Das Ergebnis dieser pénétration pacifique ist dann das „mächtige nationale Schutzheer", von dem Loebe spricht. Offenbar haben also die übergezogenen Gedankengänge des auf diesem Gebiete bewährten Wiener Genossen in der deutschen Sozialdemokratie Fuß gefaßt. Für uns gilt es, wachsam zu sein, wenn sich die neue Richtung in der S. P. D. endgültig und entscheidend durchsetzen sollte.

Koburg unter Zwangsverwaltung.

Der Stadtrat von Koburg hat in seiner öffentlichen Sitzung am Freitag den städtischen Etat für 1928/29 abermals mit allen Stimmen gegen die der beiden Bürgermeister abgelehnt. Die Reichsregierung wird nunmehr die Bilanzierung des Etats und die Erschließung neuer Steuerquellen vornehmen haben. Damit wird Koburg die erste Stadt Bayerns sein, die unter Zwangsverwaltung steht.

— **Der Reichspräsident** empfing heute vormittag den deutschen Botschafter in Tokio, Voretzsch, den deutschen Gesandten in Peking, von Borsch, sowie den Staatssekretär im Auswärtigen Amt, von Schubert.

Thälmann darf wieder regieren.

Moskau hat eingegriffen.

Kürzlich berichteten wir von dem häuslichen Streit, der bei den deutschen Kommunisten ausgebrochen ist. Weil Thälmann, der Vorsitzende der Deutschen Kommunistischen Partei, gegen seinen Schwager in Hamburg, der mit kommunistischem Parteigelde nicht ganz sauber verfahren ist, nach allem Anschein nicht mit der nötigen Härte vorging, wurde er von der höchsten deutschen Parteiinstanz vorläufig seiner Funktionen als Parteivorsitzender entkleidet, um sich in Moskau vor dem Tribunal der III. Internationale zu verteidigen. Das Urteil ist jetzt gefällt — es überrascht und muß in der kommunistischen Parteileitung in Berlin wie ein kalter Wasserstrahl gewirkt haben: zwar bekommt Genosse Thälmann eine leise Rüge, aber es wird festgestellt, daß er in der Führung der Partei bleiben soll. Das „Politbureau des Z. K." erwartet, daß in Berlin die Stellungnahme des Zentralkomitees in diesem Sinne gebilligt wird, und „beschließt, in schärfster Weise gegen jede innerpolitische Ausnutzung der Hamburger Vorgänge, insbesondere auch von rechten oder versöhnlerischen Gruppierungen, zu kämpfen."

In diesem letzten Satz liegt die politische Pointe, die besonders interessant ist, wenn man sich erinnert, wie die Stellungnahme der deutschen Kommunisten gegen ihren König, wie die Palastrevolution gegen den einst so mächtigen „Transportarbeiter" aufstande gekommen ist. Die Vorgänge in Hamburg sind selbstverständlich nur der äußere Anlaß für die Aktion einer Thälmann feindlichen Gruppe gewesen, die zur Macht drängt. Nach allem Anschein handelt es sich um Elemente, die rechts von Thälmann stehen. Ihnen, den Rebellen selbst, gibt das Politische Bureau Moskaus einen derben Faustschlag auf die Nase. Es wird interessant sein, zu beobachten, wie der Moskauer Donnerkeil in Berlin wirkt. Thälmann ist wieder in Amt und Würden, seine Feinde sind zur Ordnung gerufen, — ob sie deshalb die Waffen strecken werden, ist zum mindesten zweifelhaft.

Die Wiederernennung Dr. Schachts.

Der Herr Reichspräsident hat auf Grund der einstimmig erfolgten Wiederwahl des Generalrates der Reichsbank den bisherigen Präsidenten des Reichsbankdirektoriums Dr. Hjalmar Schacht zum Präsidenten des Reichsbankdirektoriums auf die Dauer von vier Jahren wiederernannt.

*

Reichskanzler Müller hat dem Präsidenten des Reichsbankdirektoriums Dr. Hjalmar Schacht zugleich im Namen der Reichsregierung seine besten Glückwünsche zur Wiederwahl ausgesprochen.

In der heutigen Ausgabe finden unsere Leser den 153. Aufsatz der

„Gedenktage des Weltkrieges"

von General der Infanterie von Kuhl:

Der Zusammenbruch der Türkei im September 1918.

Die vorliegende Zeitung enthält die Beilage

Der Handel mit dem Osten

(Nr. 40)